

Information nach Artikel 13 und 14 Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)  
bei Erhebung personenbezogener Daten bei der betroffenen Person

Bezeichnung der Datenverarbeitung:	Unterhaltsvorschuss
Verantwortliche/r:	Fachdienst 53 – Kindesunterhalt und Wirtschaftliche Erziehungshilfen Fachdienstleitung Herr Weisheit Heedfelder Straße 45, 58509 Lüdenscheid Tel.: 02351 - 966 6617 Fax: 02351 - 966 88 6617 E-Mail: <a href="mailto:s.weisheit@maerkischer-kreis.de">s.weisheit@maerkischer-kreis.de</a>
Vertreter/in:	Fachbereich 5 – Jugend und Bildung Herr Wegener Tel.: 02351 - 966 6591 Fax: 02351 - 966 88 6591 E-Mail: <a href="mailto:s.wegener@maerkischer-kreis.de">s.wegener@maerkischer-kreis.de</a> Fachdienst 53 – Kindesunterhalt und Wirtschaftliche Erziehungshilfen Herr Hansel Tel.: 02351 - 966 5910 Fax: 02351 - 966 88 5910 E-Mail: <a href="mailto:j.hansel@maerkischer-kreis.de">j.hansel@maerkischer-kreis.de</a>
Datenschutzbeauftragte/r:	Märkischer Kreis Datenschutzbeauftragte Fachdienst Recht & Kommunalaufsicht / Datenschutz Heedfelder Straße 45 58509 Lüdenscheid Tel.: 02351/966-6134 Fax: 02351/6866 E-Mail: <a href="mailto:datenschutz@maerkischer-kreis.de">datenschutz@maerkischer-kreis.de</a>
Zweck/e der Datenverarbeitung:	Die Unterhaltsvorschussstelle oder eine andere nach Landesrecht zuständige Behörde verarbeitet personenbezogene Daten von Ihnen zum Zwecke ihrer gesetzlichen Aufgabenerledigung nach dem UVG.  Sie ist zur wirtschaftlichen Erbringung von Geldleistungen verpflichtet. Dies sind insbesondere die Gewährung von Unterhaltsvorschuss und die entsprechende Beratung.  Darüber hinaus werden personenbezogene Daten auch bei der Durchsetzung des auf das Land übergegangenen Unterhaltsanspruchs gegen den Elternteil, bei dem das Kind nicht lebt, sowie ggf. zur Bearbeitung von Erstattungsansprüchen anderer Sozialleistungsträger verarbeitet und ggf. zu Prüfwzwecken durch den Bundesrechnungshof, die Landesrechnungshöfe.
Wesentliche Rechtsgrundlage/n: (materiell-rechtlich sowie verfahrens- und datenschutzrechtlich)	Art. 6 Abs. 1 lit. c DSGVO, Art. 7 DSGVO, DSGVO NRW , und Art. 9 Abs. 2 lit a und f DSGVO i. V.m. § 68 Nr. 14 SGB I, § 67 Abs. 2 Satz 1, 67aff SGB X, §§1,2,4 bis 7 UVG

<p>Kategorien personenbezogener Daten, die verarbeitet werden:</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Name und Vorname des Kindes und beider Elternteile, Geschwisterkinder</li> <li>- Geschlecht, Geburtsdatum, Geburtsort</li> <li>- Anschrift aller Elternteile, des Kindes und der Geschwisterkinder</li> <li>- Telefonnummer (optional), E-Mail-Adresse (optional)</li> <li>- Familienstand, Kindschaftsverhältnis</li> <li>- Staatsangehörigkeit, Aufenthaltsstatus</li> <li>- Renten-/Sozialversicherungsnummer</li> <li>- Bankverbindung, Einkommensnachweise, Vermögensnachweise, Leistungszeitraum, -höhe, -art</li> <li>- Angaben zur Unterbringung und zu Betreuungszeiten des Kindes</li> <li>- Daten zu Unterhaltsansprüchen/Regressansprüchen, - Daten zu Krankenversicherung, Rentenversicherung, Pflegeversicherung,</li> <li>- Daten zur Dauer und Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses.</li> </ul>
<p>Empfänger / Kategorien von Empfängern der Daten:</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- externe Auftragsverarbeiter im Rahmen von Auftragsverarbeitung gem. Art. 28 DSGVO: SIT Hemer (Rechenzentrum)</li> <li>- zur Zahlungsabwicklung beteiligte Stellen des Märkischen Kreises</li> <li>- Die vorgenannten Datenkategorien können zum Zwecke der gesetzlichen Aufgabenerledigung an folgende Dritte übermittelt werden:</li> <li>- Die vorgenannten Datenkategorien können zum Zwecke der gesetzlichen Aufgabenerledigung der Unterhaltsvorschussstelle an folgende Dritte übermittelt werden:</li> <li>- andere Sozialleistungsträger (z. Bsp. DRV, Krankenversicherung, Jobcenter, Bundesagentur für Arbeit), Finanzämter, Gerichte,</li> <li>- andere Dritte wie z. B. kommunale Ämter, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Bundesministerium des Innern, Bundesministerium für Justiz und Verbraucherschutz, Bundeszentralamt für Steuern, Bundesamt für Finanzen, Bundesrechnungshof, Landesrechnungshof, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, für den Bereich des Unterhaltsvorschuss zuständiges Landesministerium, ggf. Landesjugendamt, ggf. Landesverwaltungsamt, Insolvenzverwalter, Deutsches Institut für Jugendhilfe und Familienrecht e. V. (DIJuF), Ausländerbehörden, Auftragsverarbeiter (z. B. Scandienstleister, IT-Dienstleister), externe Forschungsinstitute (nur bei Forschungsanträgen, die durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend genehmigt wurden)</li> <li>- bei anderen Elternteilen: Arbeitgeber,</li> </ul>

	<p>Ausbildungsbetriebe, Versicherungsunternehmen.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Darüber hinaus können personenbezogene Daten auch an öffentliche Stellen übermittelt werden wie z. B. Melderegister, Handelsregister, Grundbuchämter, Polizei</li> </ul>
Eine Übermittlung an ein Drittland außerhalb der EU oder eine internationale Organisation	<input checked="" type="checkbox"/> ist nicht beabsichtigt <input type="checkbox"/> ist beabsichtigt / Beschreibung:
Dauer der Speicherung:	<p>Für Daten zur Inanspruchnahme von Geldleistungen nach dem UVG besteht eine Speicherfrist von 4 Jahren bis 30 Jahren nach Beendigung des Verfahrens. Eine Beendigung des Verfahrens liegt vor, wenn keine Zahlung von Unterhaltsvorschuss mehr erfolgt, ein ggf. erforderliches Rückforderungsverfahren und die Rückgriffsbearbeitung beim Elternteil, bei dem das Kind nicht lebt, abgeschlossen wurde. Innerhalb der vorstehend genannten Frist besteht kein Recht auf Löschung der personenbezogenen Daten.</p>
Rechte der Betroffenen:	<p>Betroffene Personen haben folgende Rechte, wenn die persönlichen und rechtlichen Voraussetzungen erfüllt sind:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Art. 15 DSGVO - Recht auf Auskunft über die verarbeiteten personenbezogenen Daten</li> <li>• Art. 16 DSGVO - Recht auf Berichtigung unrichtiger Daten</li> <li>• Art. 17 DSGVO - Recht auf Löschung (Vergessenwerden)</li> <li>• Art. 18 DSGVO - Recht auf Einschränkung der Datenverarbeitung</li> <li>• Art. 20 DSGVO - Recht auf Datenübertragbarkeit</li> <li>• Art. 21 DSGVO Widerspruchsrecht</li> <li>• Recht auf Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde</li> <li>• Art. 7 DSGVO - Erfolgt die Datenverarbeitung auf Grundlage einer Einwilligung, so besteht das Recht, die Einwilligung jederzeit mit Wirkung für die Zukunft zu widerrufen, ohne dass die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung berührt wird</li> </ul>
Die Daten stammen aus folgender Quelle:	<p>Zum Zwecke der Aufgabenerledigung können unter Beachtung der gesetzlichen Voraussetzungen personenbezogene Daten auch bei anderen öffentlichen und nicht-öffentlichen Stellen oder Personen erhoben. Dies können sein:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Der antragstellende Elternteil</li> <li>- andere Jugendämter, Standesamt</li> <li>- andere Sozialleistungsträger (z. Bsp. DRV, Krankenversicherung, Jobcenter, Bundesagentur für Arbeit)</li> <li>- Finanzämter</li> <li>- Gerichte</li> </ul>

	<ul style="list-style-type: none"> <li>- andere Dritte wie z. B. kommunale Ämter</li> <li>- Bundeszentralamt für Steuern</li> <li>- Bundesamt für Finanzen</li> <li>- Ausländerbehörden</li> <li>- Arbeitgeber, Ausbildungsbetriebe</li> <li>- Versicherungsunternehmen</li> <li>- Maßnahme- und Bildungsträger.</li> </ul> <p>Darüber hinaus können personenbezogene Daten auch aus öffentlichen Quellen bezogen werden wie z. B.:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Internet</li> <li>- Melderegister, Handelsregister, Grundbuchämter usw.</li> </ul>
Zuständige Aufsichtsbehörde:	<p>Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit Nordrhein-Westfalen  Kavalleriestr. 2 – 4  40213 Düsseldorf  Tel.: 0211 / 38424-0  Fax: 0211 / 38424-10  E-Mail: poststelle@ldi.nrw.de  Internet: www.ldi.nrw.de</p>
Die Bereitstellung (Angabe) der personenbezogenen Daten ist	<input type="checkbox"/> vorgeschrieben durch Gesetz (alle Daten, welche im Rahmen des Zwecks erforderlich sind wie z.B. Name, Vorname, Adressdaten, Bankdaten, Geschlecht, Familienzugehörigkeit, etc.) <input type="checkbox"/> vertraglich vorgeschrieben <input type="checkbox"/> für Vertragsabschluss erforderlich <input type="checkbox"/> nicht vorgeschrieben
Die betroffene Person ist verpflichtet zur Bereitstellung (Angabe) der personenbezogenen Daten:	<input checked="" type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <p>Die Nichtbereitstellung der Daten hätte folgende Folgen und Auswirkungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Ablehnung von Anträgen</li> <li>- Festsetzung von Bußgeldern</li> </ul>
Es besteht eine automatisierte Entscheidungsfindung gemäß Artikel 22 Absätze 1 und 4 DSGVO (z.B. durch Profiling):	<input type="checkbox"/> Ja / Beschreibung: <input checked="" type="checkbox"/> Nein